

Ihr Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Präsident der AK Oberösterreich

Arbeiterkammer Oberösterreich:
Start in die neue Funktionsperiode

Pressekonferenz

Mittwoch, 8. Mai 2019, 11 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Nach der AK-Wahl im Frühjahr 2019 hat die Vollversammlung der Arbeiterkammer Oberösterreich gestern in ihrer konstituierenden Sitzung Dr. Johann Kalliauer (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, FSG) mit großer Mehrheit wieder zum Präsidenten gewählt. Er startet damit in seine vierte Funktionsperiode als Präsident. Sein wichtigstes Ziel in den nächsten Jahren: die AK als starke Partnerin für ihre Mitglieder zu erhalten. „Nur eine schlagkräftige Interessenvertretung kann etwas bewirken. Wir werden unsere erfolgreiche Arbeit für die Mitglieder konsequent fortsetzen und dabei auch künftig Konflikte mit den Mächtigen aus Wirtschaft und Politik nicht scheuen“, so der Präsident.

AK-Vollversammlung hat sich konstituiert

Entsprechend dem Ergebnis der AK-Wahl 2019 hat sich gestern die Vollversammlung konstituiert. Sie setzt sich wie folgt zusammen: FSG 79 Mandate, Team ÖAAB/FCG 15 Mandate, FA elf Mandate, AUGÉ/UG vier Mandate und GLB ein Mandat. Neu verteilt wurden auch die Sitze im Kontrollausschuss, im 15-köpfigen Vorstand und im Präsidium, das weiterhin Dr. Johann Kalliauer anführt. Ihm zur Seite drei Vizepräsidenten und eine Vizepräsidentin. Der „alte und neue“ Präsident setzt auch weiterhin auf Geschlossenheit: „Wir sind immer gut damit gefahren, über Fraktionsgrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Wichtige Entscheidungen für die Arbeiterkammer Oberösterreich – wie große Umbauten, erhebliche Investitionen oder bahnbrechende Neuerungen, wie das AK-Zukunftsprogramm – haben wir schon bisher gemeinsam getroffen. Das möchte ich auch beibehalten.“

Der Weg stimmt: beste Imagewerte für die AK

Den Kurs der letzten Jahre sieht Präsident Kalliauer absolut bestätigt. Nicht nur wegen des Wahlerfolgs für seine Fraktion, die FSG, sondern auch durch das hohe Ansehen, das die AK Oberösterreich bei ihren Mitgliedern quer durch alle Wählerschichten genießt. Das jüngste Image Monitoring zu den Einstellungen der Menschen zu ihrer AK (IFES, Jänner 2019) zeigt dies sehr eindrucksvoll:

- Unter allen abgefragten Einrichtungen ist die AK Oberösterreich weiterhin jene, die bei ihren Mitgliedern das weitaus höchste Ansehen genießt. Die Menschen vertrauen der AK am meisten. Dieser Wert konnte im Vergleich zur letzten Befragung sogar noch gesteigert werden. Auf den Plätzen zwei, drei und vier folgen die Krankenkasse, die Gewerkschaften und die Wirtschaftskammer.

- Ungebrochen hoch ist die Zufriedenheit der Menschen mit den Leistungen der AK. 87 Prozent waren bei ihrem letzten Kontakt mit der Arbeiterkammer sehr zufrieden oder zufrieden.
- 83 Prozent finden die Arbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung sehr wichtig oder wichtig.
- 80 Prozent halten es für richtig, ihren finanziellen Beitrag zur Finanzierung der AK zu leisten. 68 Prozent finden auch die Höhe der AK-Umlage angemessen – vier Prozent meinen gar, sie sei zu niedrig.

Erfolgsrezept: modernes Service

In den letzten Jahren hat die AK Oberösterreich ihr Angebot noch weiter ausgebaut und laufend den Bedürfnissen der Mitglieder angepasst. Die Menschen nutzen das umfangreiche Serviceangebot in der Zentrale in Linz und in den 14 Bezirksstellen in ganz Oberösterreich: telefonische und persönliche, aber auch zunehmend E-Mail-Beratung in Sachen Arbeitsrecht, Sozialrecht, Konsumentenschutz, Lohnsteuer, Aus- und Weiterbildung und Insolvenz-Rechtsschutz. Großer Andrang herrscht bei den Informations- und Beratungsveranstaltungen in ganz Oberösterreich zu den unterschiedlichsten Themen: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Pensionen, Pflegegeld, Urlaub und Weiterbildung. Die Mitglieder schätzen die Möglichkeit, sich direkt in ihrer nahegelegenen AK-Bezirksstelle einen Abend lang ausführlich informieren und persönlich beraten zu lassen. Die AK-Experten/-innen kommen zu den Menschen – dieses Konzept hat sich bewährt und wurde daher in den letzten Jahren stark ausgebaut.

Besonders gut angenommen werden auch neue Angebote, wie Beratung rund um die Pflege Angehöriger (Pflegegeldeinstufung, Probleme mit Betreuungsagenturen etc.), Mietrecht und Wohnen sowie die neuen Angebote für die jungen Mitglieder (Beratungsapp „Frag die AK“, verstärkte Kooperationen mit Schulen in Sachen Berufsorientierung etc.).

Insgesamt haben die Mitarbeiter/-innen der AK Oberösterreich in den vergangenen fünf Jahren – während der gesamten letzten Funktionsperiode von Mai 2014 bis März 2019 – mehr als 1,5 Millionen Beratungen durchgeführt. In diesen fünf Jahren wurden 412.514.000 Euro für die oberösterreichischen Arbeitnehmer/-innen

erkämpft. Geld, das ihnen zugestanden ist, das sie aber erst mit Hilfe der AK bekommen haben.

Leidenschaftliche Interessenpolitik

Zur Beratung und Vertretung der Mitglieder kommt noch die Arbeit „im Hintergrund“, die die AK-Experten/-innen erledigen, wie etwa in verschiedenen Gremien. So wurden seit 2014 insgesamt 17.900 Gesetze begutachtet und auf ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer/-innen abgeklopft, bevor sie im Parlament behandelt wurden.

Auch interessenpolitisch ist die Arbeiterkammer Oberösterreich eine jener Kammern, die am hartnäckigsten für ihre Mitglieder eintritt – auch über die Grenzen Oberösterreichs hinaus. Etwa mit der Parlamentarischen Bürgerinitiative zur Informationspflicht bei Unterbezahlungen und zur Verlängerung der Verfallsfristen. Mit Unterstützung der Gewerkschaften hat es diese 2014 gestartete Initiative auf fast 15.000 Unterschriften gebracht, und es konnten bereits erste Erfolge im Kampf gegen Unterentlohnung verzeichnet werden: Die Informationspflicht ist eingeführt, der Strafkatalog verschärft und der Prüfumfang erweitert worden. Und erst im März hat die AK Oberösterreich eine weitere Parlamentarische Bürgerinitiative zur Sicherung der Pensionen gestartet: Das gesetzliche Pensionssystem soll in der Verfassung verankert und so auch für kommende Generationen abgesichert werden. Es sind mit Unterstützung der Gewerkschaften in wenigen Wochen bereits mehr als 30.000 Unterschriften gesammelt worden. Auch viele junge Arbeitnehmer/-innen in den Betrieben beteiligen sich an der Unterschriftenaktion. Noch im Mai soll diese Bürgerinitiative im Parlament eingebracht werden.

Weitere Erfolge für die Arbeitnehmer/-innen, die in den vergangenen fünf Jahren durch den Einsatz von AK und ÖGB Oberösterreich erreicht wurden: Pensionsvorschuss als finanzielle Überbrückung im Falle einer Arbeitsunfähigkeit, kilometerabhängige Vergütung für Pendler/-innen, Ausbau der Kinderbetreuung in den Gemeinden durch die jährliche Veröffentlichung des Kinderbetreuungsatlas, Qualifizierungsbonus bei länger dauernden AMS-Schulungen, Sozialpartnerprojekt „Du kannst was!“ zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses, Fortführung des Fachkräftestipendiums, Übernahme der Kosten des Berufsschulinternats für Lehrlinge

durch den Arbeitgeber, angemessene Mahnspesen bei Krediten und maximal fünf Prozent Verzugszinsen pro Jahr, Erfolge gegen automatische Vertragsverlängerungen etwa bei Partnervermittlungsagenturen und vieles mehr. AK und ÖGB erreichten in den letzten Monaten außerdem eine intensive öffentliche Diskussion rund um den Personalbedarf in Einrichtungen der stationären Pflege. Es gab bereits erste Personalaufstockungen.

Kurs auf eine Arbeitswelt der Zukunft

Um dem hohen Anspruch einer modernen Serviceeinrichtung und Dienstleisterin für die Mitglieder auch weiterhin gerecht zu bleiben, ist die AK permanent am Weiterentwickeln – sowohl innerhalb der Organisation als auch nach außen in ihren Angeboten. Um herauszufinden, was die AK-Mitglieder für ihren Arbeitsalltag der Zukunft brauchen, haben alle Arbeiterkammern im Frühjahr 2018 den großen Mitgliederdialog „Wie soll Arbeit?“ gestartet. Die Ergebnisse bewirkten einen der größten Neuerungsprozesse in der Geschichte der AK: das bundesweite AK-Zukunftsprogramm, dem sich auch die AK Oberösterreich verschrieben hat.

Bis 2023 sollen die Mitglieder noch mehr Leistungen für das gleiche Geld bekommen. Die AK Oberösterreich baut ihre Angebote zu Bildungsberatung und -förderung, die Hilfe rund um Wohnen und Bauen sowie die Beratung und Vertretung von Pflegegeldbeziehern/-innen und ihren Angehörigen aus. Kernstück des Zukunftsprogramms ist die Digitalisierungsoffensive, ein ausdrücklicher Wunsch der Mitglieder in der Befragung: Allein in Oberösterreich wird die AK in den nächsten fünf Jahren rund 30 Millionen Euro in Projekte investieren, die darauf abzielen, Beschäftigten in Betrieben zu helfen, mit der Digitalisierung zurecht zu kommen. Die Einreichphase Nummer eins ist bereits abgeschlossen, die ersten Projekte starten bereits im Sommer.

Schwerpunkte für die kommenden Jahre

Mit folgenden Schwerpunkten wird Präsident Dr. Johann Kalliauer in die XVI. Funktionsperiode der AK Oberösterreich und die vierte Funktionsperiode seiner Amtszeit starten:

- **Für Respekt und Wertschätzung : „*In Wahrheit sind die Arbeitnehmer die wirklichen Leistungsträger.*“ (AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer)**

Die Leistungen der oberösterreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen entsprechend honoriert werden – durch fairen Umgang und Einkommen, von denen die Menschen auch leben können. Denn nach wie vor verdienen zu viele Menschen trotz Vollzeit zu wenig, um das tägliche Leben finanzieren zu können. Dafür zu kämpfen, wird einer der Schwerpunkte des AK-Präsidenten in den kommenden Jahren sein. Rund 650.000 Frauen und Männer in den oberösterreichischen Betrieben leisten pro Jahr über eine Milliarde Arbeitsstunden, davon 38 Millionen Überstunden oder Mehrarbeitsstunden, davon 6,9 Millionen Stunden unbezahlt! In kaum einem Bundesland sind die Arbeitnehmer/-innen so produktiv wie in Oberösterreich: Die Produktivität liegt bei 93.325 Euro pro Arbeitskraft und Jahr. Jährlich werden rund 600 Patente angemeldet, die Arbeitnehmer in oberösterreichischen Unternehmen entwickelt haben und von denen ihre Firmen auf Jahre und Jahrzehnte profitieren werden. Und zur Erwerbsarbeit kommen auch noch die unverzichtbaren Aufgaben in der Freizeit, wie die Betreuung der Kinder und der pflegebedürftigen Angehörigen. Viele Arbeitnehmer/-innen engagieren sich auch ehrenamtlich in Vereinen. Laut Schätzungen kommen hier allein in Oberösterreich 60 Millionen ehrenamtliche Arbeitsstunden zusammen.

- **Für eine starke AK: „*Der Arbeiterkammer-Beitrag ist eine unverzichtbare Versicherung für die Menschen!*“ (AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer)**

Das Ergebnis der AK-Wahl hat eines sehr deutlich gemacht: Die Mitglieder wünschen sich eine starke Arbeiterkammer an ihrer Seite – als wichtigen Gegenpol zur derzeitigen Regierung, die Politik zugunsten der Vermögenden und Großkonzerne und auf Kosten der Arbeitnehmer/-innen macht. Dass dies vielen Mächtigen in Österreich ein Dorn im Auge ist, ist nicht zu übersehen und zu überhören,

wenn es um die Debatten zur Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft oder zur Senkung der AK-Umlage geht. Der Hintergrund ist klar: Die Vertretungen von Wirtschaft und Industrie wollen die Arbeiterkammer schwächen, um ihren Kurs der arbeitnehmerfeindlichen Politik ungehindert fortführen zu können. Dies wird die Arbeiterkammer sicher nicht hinnehmen. Die einzigen, die über die Höhe des AK-Beitrags entscheiden, sind die Mitglieder selbst. Und dass diese hier keinerlei Handlungsbedarf sehen, zeigen die Umfragen. Sowohl im großen Mitgliederdialog „Wie soll Arbeit?“ als auch in der jüngsten IFES-Befragung vom Jänner 2019 zeigte sich: Die Mitglieder sind mit der AK-Umlage sehr zufrieden. Sie beträgt im Durchschnitt sieben Euro netto pro Monat. Menschen mit niedrigen Einkommen zahlen gar keine Umlage.

- **Für Gerechtigkeit in Arbeitswelt und Gesellschaft:** *„Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass ihnen ein gerechter Anteil am Wohlstand vorenthalten wird. Zurecht.“* AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer

Die Gesellschaft in Österreich ist nicht gerecht. Der Großteil des wirtschaftlichen Erfolges wird von den Beschäftigten in den Betrieben erbracht, die Eigentümer/-innen und Aktionäre/-innen freuen sich über immer höhere Gewinne, während die Löhne und Gehälter nicht im selben Ausmaß steigen. Und nach wie vor sind die Arbeitnehmer/-innen die größten Steuer- und Beitragszahler/-innen. Es wäre höchste Zeit, dass die Vermögenden einen höheren Anteil an der Finanzierung unseres Staates leisten würden – etwa durch eine Millionärssteuer. Leider ist das Gegenteil der Fall, wie auch die angekündigte Steuerreform zeigt: Eine höhere Besteuerung der Reichen und Großkonzerne ist nicht in Sicht, diese werden vielmehr noch weiter entlastet, etwa durch die Senkung der Körperschaftssteuer auf Unternehmensgewinne.

Doch nicht nur bei der Verteilung der Vermögen und Steuern herrscht enormes Ungleichgewicht – auch weiter gefasst auf die Themen Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Einkommen und Bildung sind wir von gleichen Chancen weit entfernt. So ist etwa der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht für alle Menschen gleichermaßen gegeben. Große Ungleichheiten zeigen sich auch in der Art der Beschäftigung und den Arbeitsbedingungen. Die Einkommen der Menschen sind sehr ungleich verteilt, Bildungschancen werden in Österreich nach wie vor in erster Linie „vererbt“.

Hier gilt es gegenzusteuern. Mit Bildungseinrichtungen und einer Politik, die allen Menschen die gleichen Chancen ermöglicht.

- **Für eine ehrliche Sozialpartnerschaft:** „*Nur als Beiwagerl ist die Sozialpartnerschaft nichts wert.*“ (AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer)

Die Sozialpartnerschaft hat Österreich zu einem der wirtschaftlich und sozial erfolgreichsten Länder der Erde gemacht. Arbeitnehmer- und Wirtschaftsinteressen werden auf Augenhöhe verhandelt und so akzeptable Lösungen erreicht. Dieses System ist in Gefahr. Von „Verhandlungen auf Augenhöhe“ kann keine Rede mehr sein, die Sozialpartner – und hier vor allem die Arbeitnehmervertretungen – werden von der Regierung schlicht übergangen und nicht mehr einbezogen, wie bei der Einführung der 60-Stunden-Woche oder bei der Zerschlagung der Krankenkassen. Auch in Oberösterreich ist die Sozialpartnerschaft massiv in Gefahr. Die Unternehmerseite hat in manchen Fragen den Grundkonsens der Sozialpartnerschaft verlassen und versucht lieber, die Themen direkt mit der Landespolitik zu regeln. Aus Sicht von Präsident Kalliauer gehört zur Sozialpartnerschaft aber ein gewisses Maß an Autonomie gegenüber jeweiliger Regierung. Nur als „Beiwagerl“ ist die Sozialpartnerschaft nichts wert. Der Präsident fordert die Wirtschaftskammer Oberösterreich daher auf, wieder an den Tisch der Sozialpartnerschaft zurückzukehren. Denn dass gelebte Sozialpartnerschaft allen Beteiligten Vorteile bringt, zeigen ja erfolgreiche Projekte wie die Standortagentur „Business Upper Austria“ oder die Weiterbildungsinitiative „Du kannst was!“.